

APD-AGENTURMELDUNG

Nachrichtenagentur APD

218/2019

Zur sofortigen Veröffentlichung

Themen: Religionsfreiheit/Überwachung/USA/China



Symbolbild

© Foto: photomix.company/pixabay.com

US-Bericht: Bedrohung der Religionsfreiheit durch Überwachung in China

Washington D.C./USA | 18.09.2019 | APD | Die Kommission des US-Außenministeriums für Internationale Religionsfreiheit (United States Commission on International Religious Freedom USCIRF) hat am 16. September einen Bericht über den Einsatz von Überwachungskameras, biometrischen Technologien und künstlicher Intelligenz durch die chinesische Regierung zur Überwachung und Einschüchterung von Religionsgemeinschaften veröffentlicht.

Der Bericht zeige auf, wie die chinesische Regierung Tausende von Kameras um Moscheen, Tempel und Kirchen installiert habe, um zu überwachen, wer an den Gottesdiensten teilnehme, heißt es in einer USCIRF-Medienmitteilung. Chinesische Unternehmen hätten Gesichtserkennungstechnologie verkauft, welche die Fähigkeit habe, eventuell anwesende uigurische Muslime oder tibetische Buddhisten zu identifizieren und die Sicherheitskräfte darüber zu informieren.

Missbrauch von Technologie fördert Überwachungsstaat

„Wir sind zutiefst beunruhigt über den Missbrauch von Technologie durch die chinesische Regierung zur Schaffung eines Überwachungsstaates, der insbesondere auf Religionsgemeinschaften zielt“, sagte USCIRF-Kommissar Gary Bauer. „Wir fordern die US-Regierung und die amerikanischen Unternehmen auf, Maßnahmen zu ergreifen, um

sicherzustellen, dass der amerikanische technologische Fortschritt nicht von den chinesischen Behörden genutzt wird, um die Religionsfreiheit und die damit verbundenen Menschenrechte zu unterdrücken.“ „Chinas Unterdrückung der Religion ist nicht neu, aber seine Fähigkeit, diese Technologien zu nutzen, hat das Ausmaß und den Umfang der Bedrohung der Religionsfreiheit im Land erweitert“, fügte Kommissarin Tenzin Dorjee hinzu.

USCIRF empfiehlt Exportbeschränkungen

In seinem Jahresbericht 2019 empfahl die USCIRF der US-Regierung, die Exportbeschränkungen für Technologien zu erhöhen, welche die Fähigkeit der chinesischen Regierung zur Überwachung und Einschüchterung religiöser und ethnischer Gemeinschaften verbessert haben. Die USCIRF begrüßt die Verabschiedung des „Uyghur Human Rights Policy Act“ durch den US-Senat vom 11. September 2019, der den Direktor des nationalen Geheimdienstes verpflichtet, über den Transfer oder die Entwicklung von Technologien zu berichten, die von chinesischen Behörden zur Überwachung und Inhaftierung uigurischer Muslime eingesetzt werden.

Diese Agenturmeldung ist auch im Internet abrufbar unter: www.apd.info

IMPRESSUM:

Nachrichtenagentur APD

Zentralredaktion Deutschland, Postfach 4260, 73745 Ostfildern

Tel: +49 511 97177-114

Mobil: +49 172 4499780

E-Mail: info@apd.info

Web: www.apd.info

Facebook: [AdventistischerPressdienstDeutschland](https://www.facebook.com/AdventistischerPressdienstDeutschland)

Twitter: https://twitter.com/apd_info

© Nachrichtenagentur APD Ostfildern (Deutschland) und Basel (Schweiz)

Kostenlose Text-Nutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe und klaren Zuordnung zur Quelle „**APD**“ gestattet.

Das © Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD® ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes